

Bildungsstandards für das demokratische Wagnis? – Anmerkungen zum Vorschlag, Standards für Demokratiebildung einzuführen

Michael May

Bildungsstandards für die Demokratiebildung

Mit ihrer Stellungnahme „Demokratiebildung als Auftrag der Schule – Bedeutung des historischen und politischen Fachunterrichts sowie Aufgabe aller Fächer und der Schulentwicklung“ hat die Ständige Wissenschaftliche Kommission der Kulturministerkonferenz einen wichtigen Impuls für die Entwicklung der Demokratiebildung¹ in der Bundesrepublik gesetzt. Das SWK-Papier schließt mit sieben Empfehlungen zur Weiterentwicklung der Demokratiebildung. Zusammengefasst wird empfohlen, klare Kompetenzziele (Bildungsstandards) für die politische Bildung in den Fächern Politik und Geschichte festzulegen, den Unterricht weiterzuentwickeln und Demokratiebildung auch als Querschnittaufgabe in den Fächern, der Schulkultur (Partizipation) sowie der Lehrkräftebildung zu verankern (vgl. SWK 2024, 47-51).

Ein breites Bündnis an Fachverbänden sowie Einzelpersonen haben sich mittlerweile mit der Stellungnahme kritisch auseinandergesetzt (vgl. Reinhardt 2024, DVPB u.a. 2024). Einhellige Zustimmung erfährt die Intention des SWK-Papiers, die Demokratiebildung an den Schulen stärken zu wollen. Darüber hinaus setzt die Kritik jedoch auf verschiedenen Ebenen an: Kritisiert wird *einerseits* eine einseitige theoretische Grundlage, die große Teile fachdidaktischer Ansätze und Forschungen ignoriere. Statt Pluralität und Interdisziplinarität abzubilden, verenge die SWK Demokratiebildung auf bestimmte Konzepte. *Andererseits* wird auch die fachpolitische Linie der SWK hinterfragt: Die Realität schulischer Praxis werde verzerrt dargestellt – etwa durch eine Abwertung etablierter Verbundfächer – und das Bild der



Prof. Dr. Michael May

Professur für Didaktik der Politik, Friedrich-Schiller-Universität Jena